

Jede vierte Pensionskasse fällt in Unterdeckung

Die Corona-Krise setzt den Vorsorgeeinrichtungen zu – doch auch die ultraniedrigen Zinsen belasten

MICHAEL FERBER

Die Corona-Krise hat bei den Schweizer Pensionskassen deutliche Spuren hinterlassen und verschärft politische Probleme. Ausserdem nagen die Negativzinsen weiter an der beruflichen Vorsorge. Dies haben jüngst die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) und verschiedene Branchenvertreter deutlich gemacht.

Noch kaum Sanierungsfälle

Die Turbulenzen an den Finanzmärkten haben, erstens, die Deckungsgrade der Pensionskassen deutlich reduziert, wie die Aufsicht an ihrer Jahresmedienkonferenz am Dienstag mitteilte. Laut der OAK BV sind sie im Durchschnitt um 6 Prozentpunkte auf 105,6% per Ende April dieses Jahres gesunken. Der Deckungsgrad setzt das Kapital einer Pensionskasse in Relation zu ihren Verpflichtungen. Auf den ersten Blick sieht diese Entwicklung nicht allzu bedrohlich aus, schliesslich liegt der Wert immer noch über 100%. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass es sich um den technischen Deckungsgrad handelt. Seine Aussagekraft ist begrenzt, denn bei ihm gibt es gewisse Freiräume hinsichtlich der anzuwendenden Zinssätze. Weniger hoch als der technische fällt der ökonomische Deckungsgrad aus. Bei diesem werden die zu erwartenden künftigen Belastungen einer Pensionskasse mit den aktuellen Marktzinsen berechnet.

Zweitens hat sich der Anteil von Pensionskassen in Unterdeckung in den ersten vier Monaten des Jahres auf 25,4%

erhöht, wie die OAK BV mitteilte. Ende 2019 hatte dieser Wert noch bei lediglich 1,1% gelegen. Es könnten also in nicht allzu ferner Zukunft Sanierungen notwendig werden, ab einem Deckungsgrad von 90% sind diese nötig. «Derzeit haben nur sehr wenige Kassen einen Deckungs-

Pensionskassen müssen den Corona-Test machen

Kommentar auf Seite 9

grad von weniger als 90%», sagte Vera Kupper Staub, Präsidentin der OAK BV. Viel hänge nun davon ab, wie sich die Corona-Krise weiterentwickle.

Der Think-Tank Avenir Suisse teilte in einem am Dienstag veröffentlichten Papier mit, die kommenden Monate dürften für die berufliche Vorsorge entscheidend sein. «Verschieben sich die Märkte seitwärts oder sogar aufwärts, kommen die Kassen mit einem blauen Auge davon. Verschlechtern sich die Märkte, könnten die Deckungsgrade unter 100% sinken.» Mögliche Sanierungsmassnahmen wären höhere Lohnbeiträge, Einmaleinlagen der Arbeitgeber und – laut Avenir Suisse am wahrscheinlichsten – eine reduzierte Verzinsung der Sparguthaben der aktiven Versicherten. Damit würden die Aktiven schlechtergestellt.

Unter anderem bei den Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen (SGE) sei mit einem deutlichen Anstieg der Unterdeckungen zu rechnen, sagte Manfred Hüsler, Direktor des Sekretariats der OAK BV. Solche Einrichtungen haben in der beruflichen Vorsorge in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung

gewonnen. Vor allem KMU sind solchen SGE angeschlossen, und viele solche kleinen und mittelgrossen Firmen sind in der Corona-Krise besonders in Bedrängnis geraten. Die SGE dürften die Corona-Krise folglich nicht nur bei den Anlageerträgen, sondern auch den Beitragszahlungen der KMU spüren, sagte Hüsler.

Zu hohe Umwandlungssätze

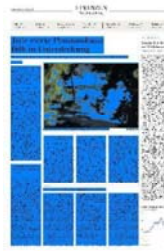
Drittens sprechen die ultraniedrigen Zinsen, die hohe Lebenserwartung und die schwierige Lage an den Finanzmärkten dafür, dass die Umwandlungssätze der Pensionskasse weiter fallen. Bei vielen Vorsorgeeinrichtungen erwägen die entsprechenden Gremien derzeit weitere Reduktionen. Laut dem Beratungsunternehmen Complementa liegt der durchschnittlich angewendete Satz der Pensionskassen derzeit bei 5,53%. Für ein Vorsorgekapital von 500 000 Fr. erhält ein Pensionierter also eine jährliche Rente von 27 650 Fr. Der versicherungstechnisch korrekte Umwandlungssatz müsste indessen bei 4,84% liegen, wenn man von einer langfristig erzielbaren Rendite von 2% ausgehe, teile Complementa mit.

Die zu hohen Umwandlungssätze seien «das dominante Risiko in der zweiten Säule», heisst es derweil bei der OAK BV. Obwohl diese im Überobligatorium laufend gesenkt wurden, seien sie aufgrund des immer weiter gesunkenen Zinsniveaus im Durchschnitt nach wie vor zu hoch. Zudem gilt im Obligatorium weiterhin der BVG-Mindestumwandlungssatz von 6,8%. Werden Umwandlungssätze zu hoch angesetzt, kommt es zu sogenannten Pensionierungsverlusten.

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Media genre: Print media
Type of media: Daily and weekly press
Circulation: 96'109
Frequency: 6x/week



Page: 21
Size: 87'028 mm²

Order: 1094087
Topic n°: 229.051

Reference: 77198992
Clipping Page: 2/3

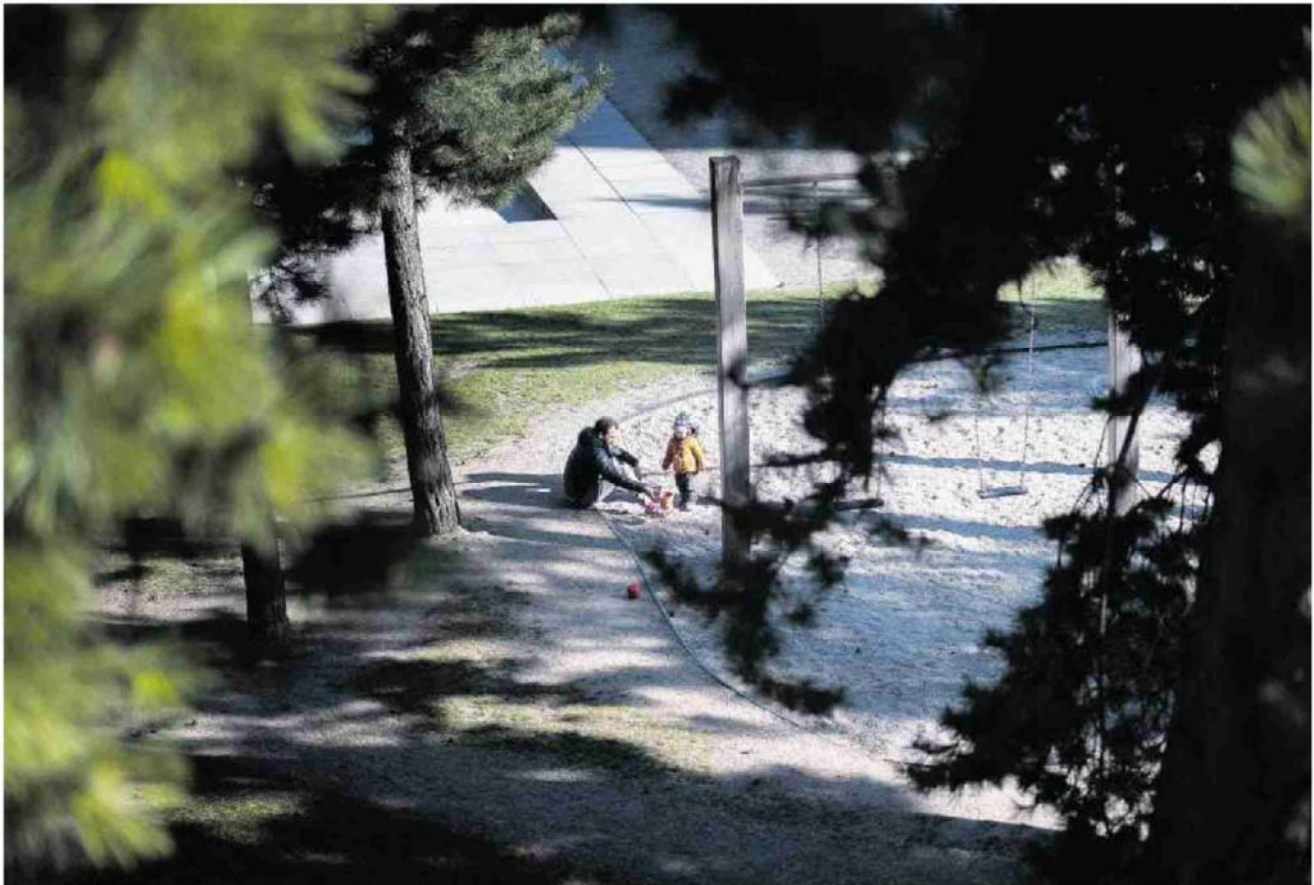
ten. Indirekt werden dafür dann jüngere Generationen zur Kasse gebeten, etwa durch niedrigere Verzinsungen ihres Vorsorgekapitals. Es kommt zur vielkrisierten systemwidrigen Umverteilung von Aktiven zu Rentnern in der beruflichen Vorsorge. Laut der OAK BV hatte diese 2019 ein Volumen von 72 Mrd. Fr.

Viertens treffen die verhängten Negativzinsen die Freizügigkeitsstiftungen besonders hart, wie die OAK BV mitteilte.

Bei der am häufigsten gewählten Form – der Kontolösung – sei zwar eine negative Verzinsung grundsätzlich nicht zulässig, entspreche für die Anbieter aber der wirtschaftlichen Realität. «Freizügigkeitseinrichtungen müssen Negativzinsen zahlen, dürfen diese aber nicht an die Versicherten weitergeben», sagte Kupper Staub. «Das kann nicht funktionieren und führt zu Risiken im System.»

Die Corona-Krise und die höhere Arbeitslosigkeit dürften den Druck auf

die Freizügigkeitsstiftungen erhöhen, sagte Hüslar. Ihnen würden in der Krise mehr Gelder zufließen. Als besonders betroffen hob Hüslar die Stiftung Aufnahmefähigkeit BVG hervor. Diese sei gesetzlich verpflichtet, diese Gelder entgegenzunehmen – während sich andere Freizügigkeitseinrichtungen aufgrund der Negativzinsen zurückhielten. Die Risiken dieser Einrichtung könnten sich weiter akzentuieren, teilte die OAK BV mit.



Fallen Pensionskassen in Unterdeckung, kann es für die jüngere Generation teuer werden.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ